



MORITZ PROMNY

Mitglied des Hessischen Landtages

Hessischer Philologenverband e.V.
Herr Vorsitzender Reinhard Schwab
Schlichterstraße 18
65189 Wiesbaden

Wiesbaden, 17. Mai 2023

MORITZ PROMNY

Mitglied des Hessischen Landtages

Vorsitzender des Sozial- und
Integrationspolitischen Ausschusses

Mitglied des Kulturpolitischen
Ausschusses

Sprecher für Bildungspolitik der
Fraktion der Freien Demokraten

Schlossplatz 1 – 3
65183 Wiesbaden

Telefon +49 611 350 – 695
m.promny@ltg.hessen.de

moritzpromny.de

Sehr geehrter Herr Schwab,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 05. April 2023 und Ihre Nachfragen zu politischen Haltungen und Vorhaben im Bildungsbereich im Zuge der Landtagswahl 2023.

Ihre Fragestellungen werde ich gerne als Sprecher für Bildungspolitik der Fraktion der Freien Demokraten im Hessischen Landtag folgendermaßen beantworten:

I. Attraktivität des Lehrerberufs heute und in Zukunft

1. Wie stehen Sie zum Beamtenstatus für Lehrkräfte?

Wir Freie Demokraten stehen grundsätzlich hinter dem Beamtenstatus für Lehrkräfte.

2. Welchen Zeitplan haben Sie für die Umsetzung des Gerichtsurteils für die verfassungsmäßige Besoldung der Lehrkräfte?

Wir Freie Demokraten fordern, dass die verfassungsmäßige Besoldung für Beamte unverzüglich wieder hergestellt wird. Konkret werden wir uns an den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts orientieren



und insbesondere das Mindestabstandsgebot von 15 % zum Grundsicherungsniveau halten.

3. Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Lehrkräfte nicht erneut von der allgemeinen Lohnentwicklung abgehängt werden?

Wir Freie Demokraten wollen, dass das Land Hessen als Arbeitgeber attraktiv bleibt, denn nur mit exzellenten Fachkräften bleibt unser Land leistungsfähig. Dazu gehört, dass Tarifbeschäftigte wie auch die Beamtenschaft nicht einfach von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt werden dürfen. Wir wollen stattdessen eine ehrliche Aufgabenkritik und eine weitere Stärkung der leistungsbezogenen Besoldungselemente. Auch wollen wir prüfen, ob die Vergütungsstrukturen des öffentlichen Dienstes noch im richtigen Verhältnis zu den Strukturen außerhalb des öffentlichen Dienstes stehen.

4. In welchem Umfang gedenken Sie die Weiterentwicklung des Lebensarbeitszeitkontos voranzutreiben (Flexibilisierung)?

Wir Freie Demokraten unterstützen das Lebensarbeitszeitkonto und stehen der flexiblen Nutzung grundsätzlich positiv gegenüber. Dabei wollen wir bedarfsgerechte Lösungen anstreben. Gleichzeitig darf jedoch die Arbeitsfähigkeit der schulischen Einrichtungen nicht gefährdet werden. Die individuellen Bedarfe müssen daher bei der Lehrerzuweisung und bei der schulischen Organisation berücksichtigt werden.



5. Beabsichtigen Sie zur Attraktivitätssteigerung, falls Pensionäre über die gesetzliche Altersgrenze hinaus als Lehrkräfte zur Verfügung stehen, diese entsprechend der im Beamtenstatus erworbenen Erfahrungsstufe weiterzubezahlen?

Wir Freie Demokraten unterstützen die Möglichkeit, pensionierte Lehrkräfte einzusetzen. Mit ihrer langen Erfahrung können sie den Schulalltag in besonderer Weise bereichern. Zudem hilft ihr Einsatz, den Lehrkräftemangel etwas abzufedern. Dabei wollen wir Einsatzmöglichkeiten möglichst flexibel gestalten, um den Bedürfnissen von Menschen im Ruhestand gerecht werden zu können. Dazu kann auch gehören, dass Vergütungsregelungen überprüft werden.

6. Wie beabsichtigen Sie eine vollakademische Ausbildung und vollakademische Abschlüsse in der Besoldungsstruktur differenzierend abzubilden?

Wir Freie Demokraten stehen für eine differenzierende und leistungsgerechte Bezahlung auch im öffentlichen Dienst. Dazu gehört, vollakademische Ausbildung und vollakademische Abschlüsse in der Besoldungsstruktur zu berücksichtigen. Mit Blick auf die unterschiedlichen Lehrämter bedeutet dies, dass die Regelstudienzeit für alle Lehrämter auf zumindest neun Semester erhöht wird.

II. Schulische Bedingungen

1. Wie stehen Sie zur Vielgliedrigkeit des Schulsystems?

Wir Freie Demokraten stehen hinter einem vielfältigen Schulsystem. Ein vielgliedriges Schulsystem birgt die



Chance, dass Kinder ihren individuellen Fähigkeiten und Interessen entsprechend gefördert werden. Schulwahlfreiheit und Schulvielfalt werden daher auch in Zukunft unsere Maxime sein. Konstitutiver Bestandteil eines vielgliedrigen Schulsystems ist jedoch die Durchlässigkeit der unterschiedlichen Bildungsgänge. Für uns Freie Demokraten ist klar: Keine Bildungslaufbahn darf in einer Sackgasse enden.

2. Wie werden Sie sicherstellen, dass die Grundschulen zukünftig wieder die grundlegenden schulischen Kulturtechniken verbindlich vermitteln?

Grundschullehrkräfte und Leitungsteams an Grundschulen leisten eine engagierte und erfolgreiche Arbeit bei der individuellen Förderung aller Kinder. In der Grundschule wird der Grundstein für den späteren schulischen Erfolg gelegt - dazu gehört insbesondere auch die Vermittlung der grundlegenden Kulturtechniken lesen, schreiben, rechnen. Gesellschaftliche Herausforderungen sind gerade an den Grundschulen spürbar. Grundschulklassen zeichnen sich vielerorts in besonderem Maße durch heterogene Klassen und individuelle Lernvoraussetzungen aus. Um Grundschulen bei den hieraus entstehenden Aufgaben zukünftig stärker zu unterstützen, begrüßen wir die Ankündigung einer Besoldung nach A13, denn die Arbeit von Grundschullehrkräften ist jedenfalls gleichwertig zu der Arbeit anderer Lehrkräfte. Wir wollen die Anhebung der Besoldung früher umsetzen. Darüber hinaus braucht es eine Offensive für die Grundschule, um Lehr- und Arbeitsbedingungen an Grundschulen zu verbessern. Hierbei wollen wir unter anderem auch die Anpassung des Klassenteilers prüfen.



3. Wie wollen Sie gewährleisten, dass Eignung und Leistung für den Besuch des Gymnasiums wieder ausschlaggebend werden?

Wir Freie Demokraten stehen hinter einem vielfältigen Schulsystem, das den unterschiedlichen Fähigkeiten der Schülerinnen und Schüler am besten gerecht wird. Schulwahlfreiheit wird uns daher auch in Zukunft leiten. Gleichwohl wollen wir es ermöglichen, dass die Schulen bei der Auswahl bis zu 25 % der Plätze auch nach Eignung vergeben dürfen.

4. Wann werden Sie die Schul-, Schulleitungs- und Leitungsdeputate an die enorm gestiegenen und häufig durch Verordnungen und Erlasse verursachten Belastungen angleichen?

Wir Freie Demokraten werden die Anpassung von Deputaten prüfen. Gleichzeitig kann dies allein nicht die Lösung für die gestiegenen Belastungen durch Bürokratie an den Schulen sein. Eine moderne Bildungspolitik kann es nicht verantworten, dass wertvolle Zeit, die für den Unterricht eingesetzt werden kann, für Bürokratie verschwendet wird. Unser Ziel ist daher eine Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften durch Entbürokratisierung, insbesondere durch Straffung und Abschaffung von Berichtspflichten und die Prüfung von Dokumentationspflichten und Verwaltungsvorschriften. Parallelstrukturen zwischen Kultusministerium, staatlichen Schulämtern und Schulen sind abzuschaffen. Auch durch zentralen Service, z.B. durch die Bereitstellung von Vertragsmustern oder durch zentrale Angebote, sind Schulen zu entlasten. Darüber hinaus wollen wir die Zahl der Schulverwaltungsassistenten und



Sekretariatskräfte erhöhen. Hierzu sollen auch Landesmittel zur Verfügung gestellt werden. Der Einsatz digitaler Instrumente und Hilfsmittel kann Schulleitungen weiter entlasten.

5. Welche Pläne haben Sie zur Verbesserung der räumlichen und sächlichen Ausstattung an Schulen?

Wir Freie Demokraten sehen es kritisch, dass das im Koalitionsvertrag von CDU und Grünen angekündigte KIP-III-Programm nicht umgesetzt wurde. Gute Räumlichkeiten sind eine Grundlage für guten Unterricht. Zudem müssen Lernorte zukünftig noch stärker neuen pädagogischen und didaktischen Erkenntnissen Rechnung tragen. Land und Schulträger sollen Schulen daher gemeinsam dabei unterstützen, offene Lehr-Lernarrangements („open space arrangements“) umzusetzen.

6. Welche Entlastungsbedarfe sehen Sie für Lehrkräfte?

Lehrkräfte sind Expertinnen und Experten für Pädagogik. Es ist nicht hinnehmbar, dass sie mittlerweile zahlreiche (Zusatz)Aufgaben übernehmen, vom IT-Support bis zur sozialpädagogischen Begleitung. Wir wollen Lehrkräfte und Schulleitungen daher, wie oben beschrieben, von Bürokratie entlasten, denn diese bindet wertvolle Zeit.

Große Chancen sehen wir zudem im Einsatz multiprofessioneller Teams, von der Schulsozialarbeit bis hin zu den Schulverwaltungsfachkräften. Starke Belastung können aber auch Angriffe in Wort und Tat gegenüber Lehrkräften sein. Für uns Freie Demokraten ist klar: Angriffe auf Lehrkräfte sind nicht hinnehmbar.



Wir wollen auch in diesem Bereich daher bessere Unterstützungsstrukturen schaffen.

7. Welche Pläne verfolgen Sie in Bezug auf die Aufstockung der Stellen für Assistenzen und Zusatzkräfte für die vielen zusätzlichen pädagogischen Aufgaben in der Schule? Wann planen Sie, verlässlich an allen Schulen Verwaltungskräfte zu etablieren?

Die Förderung multiprofessioneller Teams ist für uns ein grundlegender Baustein für die Förderung von Schülerinnen und Schülern und die Entlastung der Lehrkräfte. Insbesondere das Angebot der sozialpädagogischen Fachkräfte muss ausgebaut werden. Dabei fordern wir eine sinnvolle Verzahnung von UBUS und Schulsozialarbeit. Auch die Stellen von Schulverwaltungskräften und Schulsekretariaten wollen wir weiter erhöhen. Dabei braucht es auch ein stärkeres finanzielles Engagement des Landes, um hier eine wirkliche organisatorische Entlastung der Schulleitungsteams zu erreichen. Darüber hinaus wollen wir die Zusammenarbeit mit anderen pädagogischen Fachkräften, Schulpsychologinnen und Schulpsychologen, Therapeutinnen und Therapeuten, aber auch die Kooperation mit Jugendhilfeträgern und außerschulischen Partnern ausbauen und intensivieren. Dies gilt insbesondere auch für die Arbeit im Ganzttag.

8. Wie sehen Ihre Konzepte in Bezug auf die Ausgestaltung des Ganztags an hessischen Schulen aus?

Wir Freie Demokraten wollen Ganztagsangebote und Ganztagschulen flächendeckend etablieren und stehen hinter dem auf Bundesebene gesetzten Ziel, ab 2026 einen Rechtsanspruch auf ganztägige Bildung und



Betreuung in der Grundschule zu etablieren. Derzeit sehen wir jedoch nicht, dass der Ausbau der Ganztagsangebote mit der notwendigen Energie vorangetrieben wird. Hierfür braucht es eine gemeinsame Kraftanstrengung von Bund, Ländern und Kommunen. Der quantitative Ausbau beginnt dabei vor allem mit einer guten Bedarfsplanung, die auf Landesebene zusammengeführt wird, und der Entwicklung eines Ausbauplans für das gesamte Bundesland.

Neben dem quantitativen Ausbau muss aber auch die Qualität der Angebote verbessert werden. Dabei braucht es klare Vorgaben insbesondere zur Qualifikation der eingesetzten Fachkräfte. Auch die Förderung besonderer Bedarfe, insbesondere die sonderpädagogische Förderung, muss im Ganzttag gesichert sein. Neben einer Priorisierung der ganztägigen Betreuung in der Grundschule, die insbesondere auch für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf von Bedeutung ist, stehen wir dem Ausbau ganztägiger Angebote in den weiterführenden Schulen ebenfalls positiv gegenüber.

III. Heterogenität und Realität im Schulalltag

1. Welche Konzeptionen verfolgen Sie mit Blick auf die Beschulung der Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf? (Ausgestaltung der Inklusion, Erhalt der Förderschulen)

Wir Freie Demokraten stehen hinter der UN-Behindertenrechtskonvention und wollen, dass Inklusion umgesetzt wird. Dafür müssen die notwendigen sächlichen, räumlichen und personellen Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Ziel eines



inklusiven Schulsystems ist dabei immer die individuelle Förderung. Wir setzen uns dafür ein, dass Schülerinnen und Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf an der allgemeinen Schule unterrichtet werden. Wahlfreiheit gilt aber auch für Kinder und Jugendliche mit besonderen Bedarfen.

Förderschulen sollen erhalten bleiben, wenn Eltern der Überzeugung sind, dass ihrem Kind dort die bestmögliche Förderung zuteilwird. Für Förderschulen wie für die inklusive Beschulung gilt: die bedarfsgerechte Zuweisung von Förderstunden muss sichergestellt sein. Die Durchlässigkeit zwischen Förderschulen und allgemeinen Schulen ist zentral, um eine möglichst gute individuelle Förderung zu ermöglichen. Die Kapazitäten der Beratungs- und Förderzentren wollen wir erhöhen. Ihre Expertise sollte bei grundlegenden Entscheidungen zur Gestaltung der inklusiven Beschulung in Hessen mit einbezogen werden. Den Wissenstransfer zwischen allen an der Inklusion beteiligten Institutionen wie etwa Schulen, Beratungs- und Förderzentren, Ausbildungsstätten, Hochschulen und Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen wollen wir weiter stärken.

2. Welche zusätzliche Unterstützung ist für die Beschulung von Schülerinnen und Schülern nicht deutscher Herkunftssprache geplant? (z.B. zusätzliche UBUS-Kräfte, sozialpädagogische Betreuung)

Die Förderung von Kindern mit Sprachförderbedarf muss besonders früh ansetzen. Wir Freie Demokraten wollen daher Sprach-Screenings in den Kindertagesstätten flächendeckend ausbauen und eine alltagsintegrierte Sprachförderung stärken. Die



Strukturen der sogenannten Sprach-Kitas wollen wir erhalten und weiter ausbauen. Für alle Kinder, die bei der Schulanmeldung das notwendige Sprachniveau noch nicht erreicht haben, unterstützen wir auch weiterhin das Konzept der Vorlaufkurse. Die Integration von geflüchteten Kindern und Jugendlichen bzw. Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern wird gelingen, wenn an den Schulen eine kontinuierliche, langanhaltende und nachhaltige Deutschförderung realisiert wird, die in unterschiedlichen Jahrgangsstufen - je nach Alter der Seiteneinsteiger - greift. Eine weitere Absenkung von Standards wie Veränderungen der Höchstgrenze der Schülerzahlen in Intensivklassen wird es mit uns nicht geben. Auch der Alphabetisierung muss unabhängig von den gesonderten Kursen mehr Raum gegeben werden. Wie oben ausgeführt, unterstützen wir den weiteren Ausbau sowohl von UBUS-Kräften wie auch der Schulsozialarbeit, wollen die beiden Angebote aber stärker verzahnen. In einigen Fällen ist bei Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern neben dem Spracherwerb auch weitere, beispielsweise psychologische Unterstützung, notwendig. Hierfür wollen wir sowohl die Strukturen der Schulgesundheitsfachkräfte wie auch die Schulpsychologie weiter stärken.

3. Welche Lösungen zum Schutz vor Übergriffen auf Lehrkräfte werden Sie etablieren? Wie kann die Ahndung von physischer und psychischer Gewaltausübung gegen Lehrkräfte verbessert werden?

Die bekannten Zahlen zur Gewalt gegen Lehrkräfte sind erschreckend, wenn auch nicht überraschend. Für uns Freie Demokraten ist klar, dass Gewalt gegen Lehrkräfte niemals gerechtfertigt sein kann. Der Dienstherr muss



sich hier klar hinter seine Angestellten stellen. Für den Umgang mit solchen Situationen sollte ein Leitfaden erarbeitet werden, der den staatlichen Schulämtern als Orientierung dient und das Vorgehen in Hessen vereinheitlicht. Gegebenenfalls sollte die Einführung von Ombuds-Systemen geprüft werden. Lehrkräfte sollten schon in der Ausbildung über ihre Rechte sowie Unterstützungs- und Beratungsstrukturen aufgeklärt werden.

IV. Digitalisierung

1. Wie wollen Sie sicherstellen, dass die Schülerinnen und Schüler flächendeckend mit den notwendigen digitalen Kompetenzen die Schule verlassen? Wie stehen Sie zu einer flächendeckenden Einführung des Faches Informatik in der Sekundarstufe I?

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass alle Schülerinnen und Schüler in der Schule die notwendigen digitalen Kompetenzen erwerben müssen. Die digitale Bildung muss dabei schon in den Kindertagesstätten ansetzen, denn Kinder kommen von klein auf mit digitalen Medien in Berührung. Durch gute digitale Bildung in Kindertagesstätten und Grundschulen können eine sogenannte digitale Spaltung vermieden und mehr Kinder für MINT begeistert werden.

Wir fordern darüber hinaus einen flächendeckenden verpflichtenden Informatikunterricht in der Sekundarstufe I bis zum Ende der nächsten Wahlperiode.



2. Welche Maßnahmen sind im Anschluss an das Auslaufen des Digitalpaktes zum digitalen Ausbau der Schulen Ihrerseits geplant?

Für die Umsetzung der oben genannten Maßnahmen braucht es eine ausreichende Ausstattung der Schulen. Diese beginnt bei einer flächendeckenden Ausstattung mit WLAN und einer zeitgemäßen schnellen Internetverbindung. Auch die Ausstattung mit der notwendigen Hard- und Software und leistungsfähige und datenschutzkonforme Lernplattformen muss sichergestellt sein. Für eine schnelle, unbürokratische und zugleich datenschutzkonforme Verfügbarmachung digitaler Anwendungen müssen neue Formen der Qualitätssicherung geschaffen werden, mit der technologische und pädagogische Aspekte gleichermaßen berücksichtigt werden.

Wir begrüßen die Ankündigung auf Bundesebene, einen Digitalpakt 2.0 aufzusetzen. Da die Schulen die Situation vor Ort am besten kennen, wollen wir die Einführung eines Digitalisierungsbudgets prüfen, das die Schulen flexibel einsetzen können. Auch den Einsatz neuer Technologien wollen wir besonders fördern, denn sie haben das Potenzial, die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern zu verbessern und Lehrkräfte zu entlasten.

Besondere Chancen bieten hierbei KI-gestützte Anwendungen, deren Einsatz wir mit einem speziellen Einsatzrahmen, der Einrichtung von KI-Innovationsschulen und einem Pool KI-gestützter Anwendungen fördern wollen.



3. Wie stehen Sie zu der Forderung, dass digitale Endgeräte für die Schülerinnen und Schüler in die Lehrmittelfreiheit aufgenommen werden?

Wir Freie Demokraten sind der Überzeugung, dass jede Schülerin und jeder Schüler ein angemessenes digitales Endgerät nutzen können muss, um an allen Unterrichtsformen teilnehmen zu können. Wir wollen dafür ein Konzept entwickeln, das „Bring your own device“ mit einem ausreichend großen Pool an Leihgeräten verknüpft. Damit schonen wir Ressourcen und tragen der Tatsache Rechnung, dass das Lernen am eigenen Gerät nachhaltiger und weniger problembehaftet ist. Die Ausstattung der Schulen mit einem nachhaltigen IT-Supportkonzept muss sichergestellt und mit ausreichend Ressourcen hinterlegt sein.

Sehr geehrter Herr Schwab, nochmals vielen Dank für die Möglichkeit, unsere Positionen zu den einzelnen Fragestellungen darlegen zu dürfen. Bei eventuellen Rückfragen hierzu stehe ich Ihnen gerne als Ansprechpartner zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen